

Laibacher Zeitung.



Mr. 2.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 3. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben an den Justizminister unterm 30. December v. J. zu erlassen geruht:

Lieber Ritter von Komers! Mit Befriedigung habe ich aus den Mir vorgelegten Berichten entnommen, daß in den der Leitung des Justizministeriums unterstehenden neun männlichen Strafanstalten auch während der Dauer der letzten Kriegsverhältnisse Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wurden, obgleich aus all diesen Strafanstalten durch mehrere Monate die Militärbewachung weggezogen worden war, und daß dieses zufriedenstellende Ergebnis insbesondere auch der guten Einwirkung einzelner Sträflinge auf ihre Mitgefangenen zu danken sei. Ich habe zugleich vernommen, daß auch im Allgemeinen die weitaus größte Mehrheit aller Gefangenen in diesen Strafanstalten während dieser ganzen Zeit ein musterhaftes Benehmen an den Tag gelegt und selbst durch anerkannterwerthe Opfer ihre gute patriotische Gesinnung bethätigt habe.

Um nun denjenigen dieser Sträflinge, die sich aus diesen Anlässen besonders hervorgethan haben und bei welchen zugleich die übrigen in Meinem Handschreiben vom 21. April 1866 für ähnliche Begnadigungsanträge Meinen Justizbehörden vorgezeichneten Erfordernisse zutreffen, daß sie nämlich den größeren Theil ihrer Strafe bereits abgehüßt haben und daß von ihnen bei ihrer Entlassung aus der Strafe, vermöge ihres übrigen Vorlebens so wie nach ihren sonstigen Verhältnissen, nicht etwa neue Gefahren für die öffentliche Sicherheit und für die Gesellschaft zu besorgen sind, eine Belohnung ihres lobenswerthen Benehmens zuzuwenden und damit zugleich allen übrigen Sträflingen einen neuen Sporn zur Besserung zu geben, habe ich den in den zurückfolgenden Verzeichnissen genannten, zu zeitlichen Kerkerstrafen verurtheilten 167 Sträflingen den ganzen Rest ihrer Strafe nachgesehen, zweien anderen ihre lebenslange Freiheitsstrafe in der Dauer bis auf fünfzehn Jahre gemildert und einem dritten die nach dem Urtheile mit seiner Kerkerstrafe verbundenen Verschärfungen erlassen.

Indem ich Ihnen den Auftrag ertheile, diesen Gnadenact ungehäumt in Vollzug zu setzen, ermächtige ich Sie zugleich, bezüglich der am Schlusse Ihres Vortrages vom 26. December 1866, Z. 2186, als rückständig bezeichneten sieben Sträflinge, deren zurückgelegte Strafe noch zu kurz ist, um sie sofort zu begnadigen, nach dem gestellten Antrage vorzugehen.

Franz Joseph m. p.

Allerunterthänigster Vortrag des treuehorsaamsten Finanzministers Grafen Larisch-Mönnich,

mit welchem der Entwurf des Finanzgesetzes sammt Saatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1867 der Allerhöchsten Genehmigung unterbreitet wird.

(Fortsetzung.)

Den empfindlich verringerten Einnahmen steht eine enorme Ueberschreitung des Präliminars in den Staatsausgaben des Jahres 1866 gegenüber. Bis Ende April 1866 ist allerdings der Etat nicht nur auf das strengste eingehalten worden, sondern die Gehahrungsausweise der Obersten Rechnungscontrollbehörde zeigen, daß in den Monaten Jänner bis incl. 30. April 1866 die sämtlichen Ausgaben zusammen um 13,427,000 fl. weniger als die auf die genannten vier Monate entfallende Voranschlagsquote betragen, was, nebenbei bemerkt, die Grundlosigkeit der Behauptung, Oesterreich habe von langer Hand den Krieg vorbereitet und durch seine Rüstungen hervorgerufen, in das hellste Licht setzt. Desto höher waren aber die Ausgaben, welche der Krieg selbst erforderlich machte.

In der Civilverwaltung ist zwar auch während des Krieges und nach demselben gespart worden, und ergeben sich am Schlusse des Verwaltungsjahres 1866 noch nicht in Anspruch genommene Dotationsreste sämtlicher Ministerien und Centralstellen im Betrage von 4 Millionen Gulden, aber diese Oekonomien verschwanden vor dem Mehraufwande für Heer und Flotte.

In Folge Allerhöchster Specialbewilligungen sind seit Anfangs Mai 1866 über das im Finanzgesetz 1866 festgesetzte Militärbudget dem Kriegsministerium außer-

ordentliche Credite im Betrage von	157,595.000 fl.
für die k. k. Armee, und im Betrage von	6,956.000 „
für die k. k. Marine, zusammen	164,551.000 fl.

eröffnet werden. Hierzu kamen nach der unglücklichen Wendung der Ereignisse: die preußische Kriegskostenentschädigung, das Aequivalent der preußischen Naturaltruppenverpflegung vom Zeitpunkte des geschlossenen Waffenstillstandes bis zur erfolgten gänzlichen Räumung des österreichischen Territoriums, der auf Oesterreich entfallende Theil der Kosten auf Rücksendung der preußischen Truppen, die Anforderungen zur Linderung des Nothstandes in den durch die feindliche Invasion heimgesuchten Provinzen so wie zur Vergütung der Requisitionen, Contributionen und Kriegsschäden, die Nothstandsausilfe für Ungarn, endlich die durch das gesteigerte Agio verursachten Mehrauslagen für die Beschaffung des notwendigen Gold- und Silberbargeldes — sämtlich Auslagen höchst dringlicher Natur, unvermeidliche Consequenzen der Ereignisse, welche im Finanzgesetze 1866 nicht vorhergesehen waren und für welche die Deckung sofort beschafft werden mußte.

Es ist offenkundig, daß es unmöglich war, diesen kolossalen plötzlich eingetretenen Anforderungen mit den gewöhnlichen Mitteln zu genügen. Die currenten Einnahmen waren schon vor Ausbruch des Krieges in Rückstand geblieben, neue Steuern und Abgaben konnten der schwerbedrängten Bevölkerung schlechterdings nicht aufgebürdet werden, an die Benützung des Staatscredites war nach der ganzen Sachlage nicht zu denken; Ew. Majestät treuehorsaamstem Ministerium ist keine andere Wahl geblieben, als zu dem extremen Mittel der Papiergeldemission zu schreiten.

Das Ministerium war sich hiebei der Nachtheile, Gefahren und Calamitäten, die eine solche Maßregel im Gefolge haben mußte, ganz wohl bewußt. Hatte es doch selbst alles aufgegeben, um das seit Jahren mit den enormsten finanziellen und wirtschaftlichen Opfern angestrebte Ziel der Wiederherstellung einer festen österreichischen Landeswährung, der Consolidirung der Bankverhältnisse und der Ordnung im Staatshaushalte zu verwirklichen, und war fast schon der Paristand der Valuta erreicht, als man in die traurige Lage zurückgeworfen ward, abermals eine neue Aera der Valutaschwankungen und der Unsicherheit des allgemeinen Werthmessers eröffnen zu müssen!

Nichtsdestoweniger mußten alle noch so gewichtigen Bedenken dem kategorischen Gebote der zwingenden Staatsnothwendigkeit weichen, und somit entstanden die Gesetze vom 5. Mai, 7. Juli und 25. August 1866, durch welche, abgesehen von den Münzscheinen für den Kleinverkehr, die in Werthzeichen bestehende schwebende Staatsschuld, einschließlich der Partialhypothekaranweisungen (Salinenscheine), auf ein Maximum von 400 Millionen Gulden ö. W. gebracht wurde.

Die unbefangene öffentliche Meinung hat über die Nothwendigkeit dieser Vorkehrungen schon längst ihr Urtheil sich gebildet; es ist noch niemand aufgetreten, der den Beweis geliefert hätte, daß es möglich war, den Krieg, wenn er geführt werden mußte, mit anderen finanziellen Mitteln, als mit Zuhilfenahme der Papiergeldemission zu führen.

Bei der Notenemission war es von wesentlicher Bedeutung, das richtige Maß zu treffen. Einerseits durfte um keinen Preis einer unbeschränkten Zettelwirtschaft Eingang verschafft, andererseits sollte durch die Notenemission der außerordentliche Staatsbedarf auch wirklich gedeckt werden.

Indirect wurde die Notenemission dadurch eingeschränkt, daß die Regierung bei Ausbringung ihres Bedarfes in zweiter Linie auch andere Mittel zu Hilfe nahm. Dies geschah sowohl kraft Artikel 1 des Gesetzes vom 25. August 1866 durch die dort autorisirte Emission von neuen 5perc. Staatsobligationen, als bei der Beschaffung der preußischen Kriegskostenentschädigung von 30 Millionen Gulden. Letztere, als in Silber zahlbar, wäre durch Noten zu beschaffen schon deshalb nicht rathlich gewesen, weil der Ankauf von Silber oder Devisen das Agio enorm in die Höhe getrieben hätte. Es wurde daher ein Vorschußgeschäft mit einem Consortium der ersten hiesigen Bankiers und Creditinstitute gemacht, welche, gegen Depot von Securitaten, ihren Privatcredit bei der Nationalbank für die Barbeschaffung der erforderlichen 30 Millionen Gulden einsetzten und durch die successiven Einflüsse der von dem Königreiche Italien vertragmäßig zu leistenden Entschädigung von 35 Mil-

lionen Gulden gedeckt werden. Die Operation wird sich im Jahre 1868 ohne Einbeziehung in den Staatsvoranschlag abwickeln, und es werden noch 5 Millionen Gulden erübrigen, welche als Entschädigung für unbewegliches Festungsmaterial gezahlt werden und worüber mit Rücksicht auf den Entschädigungstitel Ew. Majestät zum Zwecke der Bedeckung außerordentlicher Befestigungsbauten zu verfügen allergnädigst geruht haben.

Die Emission von 5perc. steuerfreien Staatsobligationen zum Behufe der Beschaffung eines effectiven Betrages von 50 Millionen Gulden wurde verfügt, weil es durchaus nicht gleichgiltig ist, ob die Notencirculation 50 Millionen Gulden mehr oder weniger betrage, weil ferner dem sich zeigenden Ueberflusse an Geldzeichen eine Ableitung gegeben werden sollte, endlich weil bei dem successiven Verkaufe der Obligationen auch auf den Absatz im Auslande gerechnet ist, durch welchen der Zufluß von Barrimeffen in das Inland bewirkt und der Agiosteigerung ein Gegengewicht gesetzt wird.

Direct wird die Emission von Staatsnoten durch die Bestimmung des Artikel XIII des Gesetzes vom 25. August 1866 beschränkt, nach welcher Ew. Majestät festzusetzen geruhten, daß über die in dem gedachten Gesetze gezogene Maximalgrenze hinaus, einen gesicherten Friedenszustand vorausgesetzt, eine weitere Emission von Staatsnoten auf Grund des Allerhöchsten Patentes vom 20. September 1865 nicht stattfinden werde.

Innerhalb dieser gesetzlichen Maximalgrenze der Staatsnotenausgabe ist der außerordentliche Bedarf des Jahres in folgender ausgiebiger Weise gedeckt worden:

1. Vom Beginne der ersten Kriegsrüstungen bis zum geschlossenen Frieden sind alle Dotationsansprüche und Geldanforderungen des Kriegsministeriums für Armee und Marine sofort ohne jede Stockung oder Verzögerung befriedigt worden. Desgleichen wurde auch der gesammte Dienst der Civilverwaltung auf das pünktlichste versorgt.

2. Sämtliche Verpflichtungen gegen die Staatsgläubiger wurden wie im tiefsten Frieden eingehalten. Im Jahre 1859 mußten die Couponszahlungen in klingender Münze eingestellt und durch ein Aufgeld in Banknoten ersetzt werden, diesmal wurden alle vertragmäßigen Zahlungen im Auslande und Inlande in der stipulirten Währung mit strictester Beobachtung der Fälligkeitstermine geleistet.

Die ganze, im Finanzgesetze 1866 vorgeschriebene Schuldentilgung im Gesamtbetrage von 65,834.000 fl. hat stattgefunden, und ist hiebei insbesondere zu erwähnen, daß mit 31. December 1866 in vollkommener Durchführung des Uebereinkommens vom 3. Jänner 1863 die gesammte fällige Restschuld des Staates an die Nationalbank im Totalbetrage von 45,651.000 fl. ö. W. nebst den noch ausstehenden Kauffchillingssraten von früher veräußerten Staatsgütern im Betrage von 959,800 fl. abgetragen sein wird, so daß mit 1. Jänner 1867 der Staat an die Bank nichts schulden wird, als die für die Dauer des Bankprivilegiums unverzinstlich bei ihr investirten 80 Millionen Gulden ö. W. und den von ihr kraft des Gesetzes vom 7. Juli 1866 entnommenen, ebenfalls unverzinstlichen Vorschuß von 60 Millionen Gulden ö. W., welcher im Gesetze vom 25. August 1866 innerhalb der dort vorgezeichneten Maximalgrenze des Staatsnotenumlaufes seine Deckung findet.

Außerdem wurden im Jahre 1866 noch alle aus der Amtsführung meines Vorgängers übernommenen Depotgeschäfte, so wie einige kurz vor dem Kriegsausbruche von mir eingegangene Vorschußverbindlichkeiten abgewickelt, veraltete, im Präliminare nicht vorgesehene Eisenbahnschulden abgetragen und insbesondere sämtliche, durch mehrere Jahre unausgetragen gebliebene, ebenfalls im Staatsvoranschlage nicht inbegriffene Anforderungen der Elisabeth-Westbahn, der böhmischen Westbahn, der Pardubitzer und der Theiß-Bahn vollständig beglichen.

3. Dem ungarischen Landesfonds sind zur Bekämpfung des in Folge der verderblichen Maifrostes und sonstigen Witterungscalamitäten in mehreren Comitaten neuerdings ausgebrochenen bedauerlichen Nothstandes mit 2 und 5 Percent verzinsliche, in 3 und 6 Jahresraten aus Landesmitteln zurückzahlende Barvorschüsse im Gesamtbetrage von 4,500,000 fl. ertheilt worden.

4. Zur Linderung der in Folge der feindlichen Invasion über Böhmen, Mähren und Niederösterreich hereingebrochenen Drangsale sind von der Finanzverwaltung theils definitiv als Unterstützungen, theils unter dem Titel von Vorschüssen auf zu liquidirende Kriegsschadenvergütungen bisher zusammen 5,117,000 fl. ö. W. in Barem flüssig gemacht worden.

Ueberdies werden im Gesamtbetrage von 17 Millionen Gulden die Mittel bereit gehalten, um die sämtlichen angemeldeten Entschädigungsanforderungen nach Maßgabe ihrer Liquidirung durch die eingesetzte Specialcommission zu befriedigen und die von Ew. Majestät allergnädigst verschiedenen Eisenbahngesellschaften bewilligten Staatssubventionen beim Eintritte der für die Ertheilung der Subvention festgesetzten Bedingungen in dem Betrage von zusammen 18,225.000 fl. ausfolgen zu können.

Bezüglich der Kriegsschädenvergütung wird allen billigen Ansprüchen reichliche Rücksicht zu Theil. Während nach allen früheren Kriegen, die mit der Besetzung einzelner Gebietstheile durch feindliche Heere verbunden waren, grundsätzlich nur die Requisitionen der eigenen Truppen und die von letzteren über ausdrücklichen Befehl der Führer zur Sicherstellung von bestimmten militärischen Zwecken verübten Kriegsschäden einen Anspruch auf Schadenersatz begründeten, ist diesmal nach den von Ew. Majestät allergnädigst genehmigten Grundsätzen auch die Vergütung der feindlichen Requisitionen, so wie der Durchzugs- und Verpflegskosten der feindlichen Truppen aus Billigkeitsrücksichten und, um der gesunkenen Steuerkraft aufzuhelfen, für zulässig erklärt worden. Während ferner die früheren Liquidirungsverhandlungen sich durch Jahrzehnte fortzögen und theilweise noch jetzt nicht vollständig erledigt sind, sind diesmal alle Veranlassungen zu größtmöglicher Beschleunigung getroffen, und die Finanzverwaltung hält die Mittel bereit, alle berechtigten Forderungen, so wie sie liquidirt werden, sofort zu begleichen.

Uebrigens hat sich das treuehormsamste Finanzministerium vorbehalten, bemittelteren Reclamanten jene Entschädigungsquoten, welche bei Einzelnen den Betrag von 1000 fl., bei Corporationen jenen von 3000 fl. übersteigen, statt in Barm in Rente mittelst Ausfolgung von hypothek. steuerfreien Obligationen neuester Emission zu leisten.

Nicht minder stehen die Eisenbahnsubventionen mit den Kriegsereignissen oder wenigstens mit den über Oesterreich im Jahre 1866 verhängten allgemeinen Drangsalen im Zusammenhange.

In den vom Feinde heimgesuchten Ländern ist eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung im buchstäblichen Sinne brotlos geworden, und auch in Gegenden, wohin der Feind nicht gedrungen war, hatte die frühere Verarmung und die allgemeine Stockung des Verkehrs und der Gewerbe unter der durch die zahlreichen Militärurlauber und die entlassenen Freiwilligen verstärkten arbeitenden Klasse analoge Verhältnisse erzeugt. Es war dringend nothwendig, für viele Tausende eine anhaltende, auf weite Strecken sich vertheilende, auf reine Handarbeit sich beschränkende, zugleich auch productive Beschäftigung zu finden, welche eben nur möglichst ausgedehnte Eisenbahnbauten geben können, welche gleichzeitig durch Vermehrung der in Oesterreich noch so weit zurückgebliebenen Communicationsmittel der Volkswirtschaft im allgemeinen einen Ersatz für so viele Beeinträchtigungen zu bieten vermögen.

Da aber unmittelbar nach dem Kriege, bei den gedrückten Creditverhältnissen neue Eisenbahnunternehmungen mit den gewöhnlichen Nachhülfen der Zusicherung der Zinsengarantie, der Befreiung von der Einkommensteuer u. s. w. ins Leben zu rufen nicht möglich war, erübrigte nichts, als denselben durch directe, in Form von Vorschüssen zu ertheilende Subventionen zu Hilfe zu kommen, welche Vorschüsse stets nur einen aliquoten Theil des Actien-capitalen bilden, seinerzeit durch Actien im Nennwerthe derselben zurückzuerstatten sind und nur dann verabsolgt werden, wenn die Aufbringung des gesammten für die subventionirte Strecke erforderlichen Anlagecapitalen durch die betreffende Gesellschaft als sichergestellt betrachtet werden kann.

Hierbei ist von der Finanzverwaltung stets festgehalten worden, daß der Titel für derlei Subventionen an Eisenbahngesellschaften nur in den ganz ausnahmsweisen abnormen Verhältnissen des Jahres 1866 liegt, und daß die Eisenbahnsubventionirung durch eine Actienbetheilung des Staates keineswegs zum Systeme erhoben ist und jedenfalls in ihrer Anwendung von den vorhandenen Staatsmitteln abhängt.

5. Endlich bleibt nach vollständiger Deckung aller vorstehend aufgeführten Auslagen aus den durch die im Drange der Kriegsereignisse ergriffenen außerordentlichen Geldbeschaffungsmitteln noch so viel Fonds übrig, um den im Staatsvoranschlage für das Jahr 1867 durch die Bilanzirung der currenten Ausgaben mit den currenten Einnahmen sich ergebenden Abgang vollkommen zu decken. Auch dieser Abgang steht im Connexe mit den Ereignissen des Jahres 1866, da, wie später nachgewiesen werden wird, es hauptsächlich den unvermeidlichen Nachwirkungen des letzten Krieges auf die Staatseinnahmen zuzuschreiben ist, daß das Gleichgewicht im normalen Budget im Jahre 1867 noch nicht hergestellt werden kann.

Daß mit den im Jahre 1866 geschaffenen außerordentlichen Ressourcen in so ausgiebiger Weise Rath geschaffen werden konnte, erklärt sich durch die kurze Dauer der eigentlichen Kriegsepoche, durch die Schnelligkeit, mit welcher die Abrüstungen durchgeführt worden sind, und durch die rasche Wiederaufnahme des Verkehrs und insbesondere des Exportes, welche in den letz-

ten Monaten auch günstig auf die Steuereinflüsse gewirkt hat. Aus allen diesen Ursachen hat in finanzieller Beziehung der Schluß des verhängnißvollen Jahres 1866 sich günstiger gestaltet, als noch im Monate August unter dem unmittelbaren Eindrucke der letzten traurigen Erlebnisse, und bevor eine Uebersicht der Sachlage zu erlangen möglich war, gehofft werden konnte.

Ich habe mir erlaubt, diese Verhältnisse einer unständlichen Erörterung zu unterziehen, weil mir dieselbe für das richtige Verständniß der gesammten finanziellen Situation von Wichtigkeit schien.

Man ist in Oesterreich seit langem nur zu sehr gewohnt, die finanziellen Zustände nur von der ungünstigsten Seite aufzufassen, und die letzten Ereignisse waren ganz darnach angethan, diese Tendenz zu verstärken.

Man sieht jetzt nur das vorhandene unlegbare Uebel, die so plötzlich auf Hunderte von Millionen Gulden angewachsene schwebende Schuld, die Ueberflutung mit Geldzeichen, die Verschlechterung des Circulationsmediums, man vergißt aber hiebei, in welcher äußersten Bedrängniß der Staat zu diesem äußersten Mittel greifen mußte und in welchem Umfange dasselbe dazu gedient hat, finanziell den verhängnißvollen Krieg zu bestehen, die durch denselben den vordem blühendsten Ländern der Monarchie geschlagenen materiellen Wunden zu heilen und überhaupt die Verwaltung in die Geleise normaler Friedenszustände zurückzuführen.

Dies ist bereits mit dem vorliegenden Staatsvoranschlage für das Verwaltungsjahr 1867 geschehen, welcher in der Weise abgefaßt ist, daß derselbe sämtliche Erfordernisse eines Friedensjahres und die aus den currenten Einnahmen eines solchen resultirende Bedeckung enthält, während alle diejenigen außerordentlichen Auslagen, welche noch den anormalen Verhältnissen des Kriegsjahres 1866 ihren Ursprung verdanken, durch Allerhöchste Specialcreditsbewilligungen autorisirt und durch die noch verfügbaren außerordentlichen Hilfsmittel bedeckt sind, insofern sie im Jahre 1867 zur Zahlung gelangen, als auf Rechnung des Vorjahres laufend in den Art. V des Finanzgesetzes einbezogen erscheinen.

(Fortsetzung folgt.)

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Rittmeister im Fürst Riechtenstein 9. Fußarenregimente Alfred Grafen Harbuval-Chamaré und dem in Allerhöchstherr Generaladjutantur zugetheilten Rittmeister im Graf Trani 13. Uhlanenregimente Eugen Grafen Mitrowski-Nemischl die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 3. Jänner.

Wir haben bereits gestern des Finanzgesetzes für das Jahr 1867 des Näheren gedacht und ihm eine eingehendere Besprechung gewidmet. Wir entnehmen heute einer Wiener Journalstimme über dasselbe Nachfolgendes: Die „Vorstadt-Zeitung“ anerkennt vor allem das ernste Streben der Finanzverwaltung zur Verbesserung der Reichsfinanzen und das aus dem Finanzgesetze hervorkleuchtende Ringen und Bestreben der Staatsbehörden, die Reichsfinanzen möglichst zu heben.

„Wir erfahren aus dem Finanzgesetze“ — schreibt das genannte Blatt — „daß Oesterreich trotz des unheilvollen Krieges durch seine Kraft und durch die eingeleiteten Ersparnisse einen Finanzzustand haben wird, der zum Abschlusse der endlosen Wirren in unserem gesammten wirtschaftlichen Leben, die so viele Jahre herrschend waren, führen kann.“

Nachdem weiters mit Befriedigung constatirt wird, daß die Summe des sich für dieses Jahr ergebenden Deficits durch kein neues Anlehen zu decken sein wird, sondern die Finanzverwaltung dazu die bereits gewährten und eingeleiteten Creditoperationen verwendet, fährt das citirte Blatt fort:

„Den entscheidenden Kreisen ist die Nothwendigkeit zu Ersparnissen dringend geboten und man sucht ihr gerecht zu werden. Das Finanzgesetz für 1867 bestätigt dies. So wird man mit Ueberraschung vernehmen, daß für den Militäraufwand, für das Erforderniß der k. k. Armee zwanzig Millionen Gulden weniger gefordert werden, als für das Jahr 1866. Ein Mindererforderniß im Betrage von 20 Millionen bei dem Armeeaufwande ist für das österreichische Herz um so erfreulicher, als vom Herrn Finanzminister ausdrücklich bemerkt wird, daß die in Aussicht stehenden Reformen in der Heeresergänzung und in der Heeresorganisation eine Vermehrung des Militäraufwandes nicht zur Folge haben werden. Man war allgemein der Ansicht, daß eine Umstellung des Heeres neue Lasten dem Staate und dem Volke auferlegen werde; die Versicherung, daß dies nicht der Fall sein werde, dürfte die öffentliche Meinung auch außerhalb Oesterreich in dem Augenblicke nicht ungünstig berühren, wo Frankreich für seine neue Heeresorganisation fast unerschwingliche Opfer begehrt. Allerdings ist ein Kriegsmateriale nach dem Kriege zurückgeblieben, das den erwähnten Ersparnissen mit zu Grunde liegt.“

Schließlich wird auch dem Exposé des Herrn Finanzministers die in der That allgemeine Anerkennung gezollt, daß es einen Einblick gewährt in das Gebiet unserer

Staatsfinanzen und in die Bestrebungen, welche die Finanzverwaltung bei deren Führung leiten. Mit Offenheit werden die Verhältnisse geschildert, welche auf die Finanzlage von Einfluß sind oder waren; es wird hiebei nichts beschönigt, aber es wird das Vertrauen auf eine endliche Wiederkehr Oesterreichs zu einer rationellen Baar-Geldwirtschaft ausgesprochen.

Zwar wird es noch, wie der Herr Finanzminister selbst bemerkt, großer Anstrengungen, vieler Opfer und Entfagungen bedürfen, bis die Gleichstellung der Einnahmen und Ausgaben erfolgt ist, aber dieses Ziel ist erreichbar, erreichbar vor allem, wenn dem Reiche der äußere Friede bewahrt bleibt und jene Befriedigung im Innern eintritt, die eine glückliche Verständigung in der großen Verfassungsfrage und das damit wiederkehrende Vertrauen der Völker zur Grundlage hat.

In einer Wiener Correspondenz der „Allg. Ztg.“ begegnen wir nachstehender Mittheilung über die Natur der bevorstehenden cisleithanischen Gesamtsvertretung:

„Es wird diese Vertretung nicht mit einer entscheidenden, sondern lediglich mit einer berathenden Stimme ausgestattet werden, und das dürfte allerdings durch die Sachlage mit Nothwendigkeit gegeben sein. Denn wenn der ungarische Landtag einerseits, und wenn die cisleithanische Centralvertretung andererseits die Verfassungsfrage zu entscheiden berufen sein würden, so wäre, da diese Entscheidungen jedenfalls weit auseinander laufen, das Verfassungswerk nicht allein noch immer nicht gefördert, sondern vielleicht unheilbar gehemmt. Ungarn und die Länder diesseits der Leitha werden je von ihrem Standpunkt aus der Krone mit ihrem Rath zur Seite stehen, und das vorbringen, was sie als ihr Recht und ihr Interesse in Anspruch nehmen. Die Krone wird die beiden „gleichberechtigten“ Stimmen gegen einander abwägen, und dann das Rechte zu finden bedacht sein.“

Oesterreich.

Wien. Einem in militärischen Kreisen stark verbreiteten Gerüchte zufolge soll man im Kriegsministerium auf mehrseitige Anregung und analog mit den meisten Armeen in Europa, die Absicht haben, für die Armeen ein sichtbares Erinnerungszeichen für die Feldzüge zu creiren. Es sollen bereits in dieser Richtung Berathungen gepflogen werden, und so viel bis jetzt verlautet, das Project bestehen, das Feldzugszeichen, bestehend in zwei gekreuzten Schwertern, an denen kleine Metallplättchen für einen Feldzug mit Anführung der Jahreszahl anzubringen wären, am schwarz-gelben Bande einzuführen, welches zu tragen jedem streitbaren Individuum der Armee zustehen würde. Nach vollständiger Feststellung der diesfälligen näheren Bestimmungen würde dieses Project der allerhöchsten Genehmigung unterbreitet.

Wie in militärischen Kreisen verlautet, soll die Commission für die Armeereorganisation auch mit dem Antrage sich beschäftigen, die Gagen der subalternen Officiere, ohne eine höhere Belastung des Armeebudgets nothwendig zu machen, den Verhältnissen der Neuzeit und den erhöhten Anforderungen entsprechend zu reguliren. So viel man bis jetzt in Erfahrung brachte, soll vorläufig präliminirt sein, die Lieutenanten- und Hauptmanns-Charge zweiter Classe gänzlich aufzulassen, dagegen soll beantragt sein, die Gage für den Unterlieutenant künftig monatlich mit 50 fl., für den Oberlieutenant mit 60 fl. und für den Hauptmann mit 90 fl. festzustellen, gleichzeitig soll aber zur Hereinbringung des Mehraufwandes die den Lieutenanten und Oberlieutenanten bis jetzt bemessene Holzgebühr künftig hinwegfallen.

Ausland.

Mainz, 28. December. Wir sind in der Lage, Neuigkeiten mittheilen zu können, für deren Wahrheit wir einstehen. Seither war man der Meinung: nur die jenseits des Mains liegende Provinz Oberhessen gehöre zum norddeutschen Bund, und sind demgemäß von der großherzoglichen Regierung auch nur für diese Provinz die Wahlen zum norddeutschen Parlamente angeordnet worden. Die preussische Regierung beruft sich aber heute auf den Art. 14 des mit Hessen-Darmstadt abgeschlossenen Friedensvertrags, welcher besagt: daß der Großherzog von Hessen und bei Rhein „mit seinem sämmtlichen nördlich des Mains liegenden Gebietstheilen“ in den norddeutschen Bund tritt, zu denen also auch die im Rahm der Festung Mainz liegenden Gemeinden Castel und Kostheim gehören. Die hessische Regierung hat nun geltend zu machen gesucht, daß diese beiden Gemeinden einen integrierenden Theil der Festung bilden, bezüglich deren Preußen nur das ausschließliche Besatzungsrecht zustehen, und zwar, wie Preußen selbst geltend gemacht habe, auf Grund älterer Verträge, die völkerrechtlicher Natur seien und also durch Particularverträge nicht alterirt werden könnten. Mit demselben Recht könne Preußen verlangen, daß die Stadt Mainz in den norddeutschen Bund trete, weil Castel und Mainz politisch als untrennbar gedacht werden müßten. Die preussische Regierung beharrt aber nichtsdestoweniger auf ihrer Forderung, obgleich derselben praktisch nur eine untergeordnete Bedeutung beizulegen ist, und man wird am Ende hessischerseits nachgeben müssen. Damit wäre denn der staatlichen Zersplitterung des Großherzogthums das Siegel aufgedrückt.

Rom. Ein italienisches Blatt, „Nuovo Diritto“, theilt Folgendes mit: „Es wird berichtet, daß General Fleury dem Kaiser Napoleon einen eigenhändigen Brief des Königs Victor Emanuel betreffs der Angelegenheiten Roms überbracht hat. In diesem Schreiben soll der König von Italien dem Kaiser gesagt haben, daß er einen jeden Angriff oder irgend welche Bewegung gegen die jetzigen Besitzungen des Papstes verhindern werde.“ — Die „Perseveranza“ meint, die Mission Tonello werde folgendem Worte des Papstes gegenüber ziemlich in Frage gestellt: „Ihr habt mir alles genommen, Ihr habt der Geistlichkeit das Ihrige genommen, und nun bietet Ihr uns die Freiheit an. Ich werde suchen, mich ihrer zu bedienen für die Biethümer, die ihres Oberhauptes entbehren. Aber worüber wollt Ihr, daß ich jetzt mit Euch unterhandle?“

London, 26. December. Die „Times“ lassen sich aus Dublin telegraphiren, daß wieder auf verschiedenen Punkten Irlands kleinere Vorräthe von Waffen und Munition beschlagnahmt worden sind. Weitere Verhaftungen sind nicht vorgekommen. Wenn übrigens irgend etwas geeignet ist, die durch polizeiliche Wichtigkeit ohnehin weit über ihre wirkliche Bedeutung hinausgeschraubte „Feuerverschwörung“ vollends um ihren Credit zu bringen, so ist es ein eben in den „Times“ vom 26. December aus New-Yorker Blättern abgedrucktes überlanges Schreiben — kein Amerikaner kann kurz und bündig schreiben — von General F. J. Millen, früherem „Präsidenten des senischen Kriegsraths in Irland“, wie er sich nennt, welches (seine Wahrheit vorausgesetzt) Herr James Stephens, das angebliche Haupt der Bewegung in Irland, als gemeinen Abenteurer, Schwindler und Betrüger entlarvt, der vor anderthalb Jahren in Chicago mit der senischen Bundescasse von 1000 Pf. St. durchgegangen sei, später, anstatt in Irland zu wirken, sich lieberlich in Paris umgetrieben habe u. s. w.

Tagesneuigkeiten.

— Die „Debatte“ schreibt: Wie verlautet, sollen die Vorbereitungen zur bevorstehenden politischen und Gerichtsorganisation mit aller Entschiedenheit in Angriff genommen werden. Die gemischten Bezirksämter sollen sogar bereits angewiesen sein, die Actenstücke derart vorzubereiten, daß bei der demnächst bevorstehenden Trennung der Verwaltung von der Justiz die politischen Actenstücke je nach der Zuständigkeit entweder an die neuen politischen Behörden, oder an die Bezirksvertretungen, die gerichtlichen Actenstücke dagegen an die derzeitigen Bezirksämter als provisorische Bezirksgerichte anstandslos übergeben werden können.

— Die Bewaffnungsfrage der Panzerschiffe der österreichischen Kriegsmarine ist in eine entscheidende Phase getreten. Nach den in dem jüngsten See-Kriege gemachten Erfahrungen und im Eingehen auf die Vorschläge Tegetthoffs hat man sich in den competenten Kreisen dahin ausgesprochen, bei den kleineren Panzerschiffen als Vorbewaffnung weniger Kanonen, dagegen aber schwerere Armstrong-Geschütze einzuführen. Es wurde auch unverweilt bei Sir William George Armstrong u. Comp. in New-Castle eine Bestellung auf Schiffskanonen schwersten Kalibers gemacht und ein Contract mit dieser Firma abgeschlossen. Außerdem kommen die bei Krupp in Essen (Rheinpreußen) für die k. k. Kriegsmarine erzeugten Gußstahl-Kanonen auf den Schiffen zur Anwendung.

— Am 31. December war in Wien den ganzen Tag über ein ungewöhnlich großer Andrang von Parteien, welche die Militärbefreiungstage erlegen wollten und nach erlangter Vollmacht vom Kriegsministerium auch noch erlegen durften, „weil das neue Heeresergänzungsgesetz im Reichsgesetzblatte noch nicht erschienen war.“ Es waren diesfalls fast 300 Personen im Bureau anwesend, von denen nach erlangter Vollmacht ihrer 80 die Militärbefreiungstage von 1000 fl. erlegten. Diese Tage wurde bis jetzt von nahezu 700 Personen erlegt.

— Gegen den ärgsten Feind des Winters: das Didium, wurde ein ebenso einfaches als wirksames Mittel entdeckt: die Zuckermelasse oder einfach eine Lösung von Zucker in Wasser, in welches die erkrankten und verdorrten Trauben getaucht, sich schnell wieder füllten und zur völligen Reife gelangten. Reben, mit dem Pilze befallen, nach einmaligem Abwaschen sich erholten und kräftige Triebe ausgeben. Der Erfinder dieses wirksamen Mittels ist ein Belgier Namens Hoibrenk.

— (Geschäftsproben.) Bei den jüngsten Geschützproben in Pola haben die Krupp'schen Gußstahlgeschosse auf 200 Klafter Distanz unsere stärksten Panzerplatten durchschossen. Wenige daselbe leisteten auch die Hartgussprojectile, welche die Gießerei in Reichenau (Steiermark) lieferte, und die bedeutend billiger sind. Dem Vernehmen nach verwendet die Marine die durch den Verkauf der Garda-Flotille erworbene Summe von 600.000 fl. dazu, 36 Armstrong-Kanonen aus England zu beziehen, so daß unsere sechs großen Panzerschiffe jedes mit 6 solchen Geschützen armirt werden.

— (Ein Vulkan in Tirol.) Aus Wälsch-Tirol wird von einer merkwürdigen Naturerscheinung berichtet. Der Monte Baldo macht nämlich alle Anstrengungen, sich zu einem feuerpeinenden Berge zu qualificiren. Seit Ende November schon bemerkte man auf und um den Berg Erderschütterungen, namentlich aber von dem 2. bis 5. December. Auf der halben Höhe des Berges erblickte man bei Nacht

leuchtende Phänomene, welche vulkanische Ausbrüche besürchten ließen. Man wollte bereits von einem solchen auf der gegen Cassano liegenden Seite des Berges wissen, doch hat sich die Nachricht nicht bestätigt. Die zeitweiligen Erdstöße dauern jedoch noch fort.

— König Georg von Hannover hat bei dem hannoverschen Obergerichte wegen der vor Kurzem von der preussischen Regierung verfügten Beschlagnahme seines Privateigentums Klage und mit der Führung dieses Processus den Obergerichtsanwalt Abel betraut. Die preussische Regierung hat den Obergerichtsanwalt Blumenhagen zu ihrem Vertreter gewählt. Termin zur Verhandlung der Sache steht im Februar an.

— Die Anglo-amerikanische Telegraphen-Gesellschaft kündigt an, daß, da der Reinertrag bis jetzt schon 25 Percent übersteigt, früh im Februar eine Dividende von 10 Percent an die Actionäre zur Vertheilung kommen wird. Die übrigen 15 Percent sollen zur Verfügung der im Juli oder August zusammentretenden General-Versammlung bleiben. Trotz dieses günstigen Ausweises soll der Depeschenverkehr noch immer bei weitem nicht so groß sein, um die beiden Kabel hinreichend zu beschäftigen, und es ist daher neuerdings von einer weiteren Herabsetzung des Tarifs die Rede.

Locales.

— (Ernennung.) Der verstärkte Landesausschuß hat in seiner Sitzung vom 31. v. M. die Stelle des Hausarztes an der hiesigen Zwangsarbeitsanstalt dem Herrn Dr. Karl Bleiweis verliehen.

— (Sylvestertage.) Die Sylvestertage der drei Vereine der Sänger, Turner und Schützen war, wie alle Theilnehmer anerkannten, die animirteste, die man seit langem hier erlebte, und es fand das reichhaltige, vom Comité aufgestellte und größtentheils auch ausgeführte Programm ungetheilten Beifall. Nach Abspielen eines Marsches Seitens des anwesenden k. k. Militär-Streichorchesters eröffnete Sprechwart Dr. v. Stöckl die Kneipe mit einer kurzen Ansprache und einem „Gut Heil!“ Darauf folgte eine heitere Declaration des Herrn Preising, welcher wie auch Herr Fredi, seine Mitwirkung in freundlichster Weise zugesagt hatte, und nach einem mit stürmischem Beifalle aufgenommenen Liedesvortrag des Männerchormitgliedes Herrn Wotowa und dem Absingen einer äußerst komischen, durch Abbildungen illustrierten „Nordgeschichte“, die zur Wiederholung verlangt wurde, gelangte wieder einmal eine Nummer der so beliebten „Kneipzeitung“ zur Verlesung, welche auch diesmal mehrere schlagende Wize brachte, die mit schallendem Gelächter aufgenommen wurden. Auch Herr Laiblin, der stets parate Declamator, wußte die Zuhörer durch den recht ergötzlichen Vortrag einer „Gerichtsscene“ aufs Beste zu unterhalten. Große Heiterkeit erregte es, als man sich plötzlich auf den Jahrmarktplatz versetzt und die „Riesendame“, den „Zwerg“, „Buschmann“ und „Albino“ vorgeführt sah, von denen insbesondere der wilde Buschmann und die Riesendame viel Theilnahme fanden, ganz besonders aber letztere, die sich dann auch unter die Zuhörer begab und den Verschleiß von Loosen für die nun folgende „Effectenlotterie“ besorgte, welche den glücklichen Gewinnern die „zweckmäßigen“ Treffer brachte. Außerst gelungen und von der lohmischsten Wirkung, welche sich durch unzählige Heiterkeitsausbrüche manifestirte, war es, als ein „Krüppel“, eine Zwerggestalt mit großem Kopf, langen Händen und Beinen, aber nur kurzem Rumpfe, philosophische Betrachtungen über die Anfangsverse des bekannten Lindpaitner'schen Liedes „die Fahnenwacht“ anstellte, dieselben in ihren logischen Unsinns zergliedernd. — Inzwischen war es Mitternacht geworden, und Herr Dr. v. Stöckl benützte dieses Moment zu einer kurzen aber kernigen Neujahrsrede, welche er mit einem „Goch!“ auf Se. Majestät den Kaiser schloß, in welches die Anwesenden einstimmten, wornach die Musik die Volkshymne anstimmte, welche stürmisch begrüßt und zu mehrmaliger Wiederholung verlangt wurde. — Den Schluß des Programms und dessen Glanzpunkt bildete die musikalisch-dramatische Vorstellung „Scenen aus der schönen Helena“ von Offenbach in 2 Acten, welche auf dem eigens hiezu aufgestellten Haus-theater von mehreren Mitgliedern des Männerchors und des Turnvereins aufgeführt wurden und worin auch die Herren Fredi und Preising mitzuwirken so freundlich waren. Der Beifall, der diese Production begleitete, und insbesondere den vortrefflichen Leistungen der Herren Fredi, Schulz und Laiblin gependet wurde, war ein nicht enden wollender, und mehrere Scenen mußten auf stürmisches Verlangen wiederholt werden. — Durch die gelungenen Aufführungen in die heiterste Stimmung versetzt, gab man sich noch durch längere Zeit der heitersten Laune hin, die durch die Klänge der Musik noch gehoben wurde, und alles stimmte in dem Urtheile überein, seit langem keinen so vergnügten Abend durchlebt zu haben. Schließlich erwähnen wir noch, daß unter den mehreren ausgebrachten Toasten jener auf die Direction des Casinovereines den meisten Anklang fand, welche in so liebenswürdiger Weise ihre Localitäten zu diesem Unterhaltungsabende zur Verfügung gestellt hatte.

— (Concert.) Morgen um 7 Uhr Abends findet im Redoutensaal ein von unserm geschätzten Landsmann, dem Pianisten Guido v. Mab veranstaltetes Concert statt. Programm: 1. Schumann: Quartett für Pianoforte, Violine, Viola, Violoncell, vorgetragen von den Herren Zappe, Nedwed, Zöhrer und dem Concertgeber. 2. a) Kläden: „Du wunderholde Maid,“ und b) Schubert: „Die Ungeduld,“ Lieder, vorgetragen von Fräulein Celestine Pächler.

3. Silas: Gavotte, Chopin: Nocturne und Polonaise, vorgetragen vom Concertgeber. 4. Schumann: Andante und Variationen für zwei Pianoforte, vorgetragen von Fr. Mathilde v. Raab und dem Concertgeber. 5. Vocalquartett, vorgetragen von den Herren Schischler, Suchy, Schulz und Schlasser. 6. Liszt: Paraphrase über „Faust“ von Gounod, vorgetragen vom Concertgeber. — Eintrittskarten à 70 fr. sind in der Galanteriewaaren-Handlung des Herrn Karinger und Abends an der Casse zu haben. Programme an der Casse unentgeltlich.

— (Theater.) Die am Neujahrstag stattgehabte Aufführung des dramatischen Gedichtes „Wildfeuer“ von Palm hat das zahlreich versammelte Publicum, wie wir aus mehrfachen Aeußerungen entnehmen, eben nicht befriedigt, wobei man jedoch der Darstellerin der Titelrolle, Fr. Hellmesberger, welche durch ihre anmuthige Erscheinung die nöthige Illusion zu verwickeln wußte, volle Anerkennung wiederfahren läßt. Gestern sahen wir Mosenthal's „Deutsche Comödianten“ vor schwach besuchtem Hause. Wir werden demnächst beide Aufführungen ausführlicher besprechen.

Correspondenz.

* Stein, 22. December. Bei der heutigen dritten Sitzung unseres Gemeindevorstandes kam das Präliminare pro 1867 zur Verathung. Vor allem envidelte der Bürgermeister Dr. Preuz die Gründe, welche ihn, gestützt auf § 66 des Gemeindegesetzes, veranlassen, den in der zweiten Section vorberathenen Entwurf abzuändern und insbesondere unter die Einnahmen auch die Mauth- und Marktstandsgefälle einzubeziehen. Gegen diese Einbeziehung hat der von der Bürgercorporation eingesetzte Verwaltungsausschuß ein schriftliches Veto eingelegt, welches vor allen zur Verlesung kam. In diesem Proteste wird behauptet, daß die diesfälligen Privilegien dem Stadtdominium Stein verliehen wurden und daß die Erträgnisse seit jeher in die Stadtkammeramtskasse flossen, daß somit diese Gefälle zum bürgerlichen und nicht zum Vermögen der Bezirksgemeinde Stein gehören. Ausschuß Fayenz verteidigte heute die Ansicht des Verwaltungsausschusses. Sofort kam zur Verlesung ein schriftlicher Protest des Notars Kronabethvogel und Genossen, worin die Stadtbeleuchtung als „unter aller Kritik“ bezeichnet wird. In dieser Beschwerde wird gegen die beantragte 10perc. Umlage als unnothwendig protestirt, die Einstellung des zu erhebenden Cassarestes unter die Einnahmen und die Streichung eines an die Bürgercorporation zu refundirenden Vorschusses von 100 fl. als illiquid gefordert. Ausschuß Bogorekz ergeht sich vor allem in einer unerquicklichen Deduction über die Entstehung des Separatismus in der Gemeindeverwaltung von Stein, citirt eine Menge von Subernal- und Kreisamtsverordnungen, dann einen Bericht der früheren Stadtvorsteherung de 1857 selbst, in welchen Actenstücken immer nur von städtischen Gefällen, von der Stadt Steiner Mauth u. die Rede ist. Er bedauert, daß die diesfälligen Verleihungsurkunden nicht vorliegen, er könne daher nicht annehmen, daß die Gefälle nur der Bürgercorporation (nicht aber der Stadt Stein, als moralische Person) verliehen worden sind; der Voranschlag pro 1867 zeige an diesen Gefällen einen reinen Ueberschuß von 785 fl., dieser Betrag könne denn doch nicht einer einzelnen Casse der Stadtbewohnerschaft — nämlich den Repräsentanten der ehemaligen Bürgerschaft — zugute kommen; es bestehen Vorschriften, daß die Einkünfte von Privatmauthen keinen Gewinn bringen, sondern nur zur Erhaltung der Communicationsmittel verwendet werden sollen. Nebener ist daher der Ansicht, daß diese Gefälle als eine Gerechtfame der Stadt Stein (als separates Ortschaftsvermögen) zu behandeln und nach § 66 des Gemeindegesetzes darüber ein separater Voranschlag zu machen wäre. Ausschuß Dr. Gauster stellt einen vermittelnden Antrag, es wären vorerst die Stiftriefen und die Verleihungsurkunden näher zu präsen und zwar von einer Commission von 5 zu wählenden Ausschüssen, mit Ausschluß der zum Sonderauschusse gehörenden Personen, welcher Antrag mit großer Majorität angenommen und daher die weitere Debatte über den Voranschlag vertagt wurde. Wir sind auf den Ausgang dieser Streitfrage sehr gespannt. Schließlich ordnet der Ausschuß die Meldung aller Inwohner und Dienstboten von Seite der Hauseigentümer mit einer Strafsanction von 2 fl. und die sofortige Inspecirung der Häuser durch den Gemeindevorstand an.

Aus den Landtagen.

Agram, 31. December. Der Entwurf bezüglich der Landtagswahlordnung wird nach kurzer Debatte angenommen. Derselbe wird mittelst Repräsentation Sr. Majestät zur allerhöchsten Sanction unterbreitet werden. — Nächste Sitzung übermorgen.

Lemberg, 31. December. Grocholski bringt eine Gegenerklärung gegen den gestrigen Lawrowski'schen Protest betreffs des Wahlreformbeschlusses ein. Der Regierungskommissär kündigt in Erwiderung einer Interpellation Lipczynski's strenge Maßregeln gegen Brandstiftung an. Die Anträge der Erziehungscommission, betreffend die Vereinigung der Wiederholungsschulen, die Reform der Schullehrerseminarien und des Krakauer technischen Institutes, werden angenommen. Ueber die Vorlage derselben wegen der Unterrichtssprache entspinnt sich eine heftige Discussion, besonders wegen der polnischen Unterrichtssprache an den meisten Mittelschulen. Gegen die Vorlagen sprechen: Graf Burkowski,

Szwejacki und Kaczala; dafür spricht Sawczynski. Fortsetzung in der Abendzeitung.

Lemberg, 31. Dec., Abends. (Schlussitzung) Referent Czerniowski vertheidigt die Vorlage wegen der Unterrichtssprache. Der Antrag Szwejacki's auf Tagesordnung wird abgelehnt. Ueber Antrag Golejewski's wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung en bloc angenommen, während sich die Ruthenen unter großer Unruhe allmählig entfernen. Nach einer kurzen Pause hält Statthalter Graf Goluchowski eine Schlussansprache, in welcher er die Nothwendigkeit eines raschen Sessionsschlusses bedauert, die jedoch durch das Herannahen des ersehnten Augenblickes der Organisirung des Gesamtreiches herbeigeführt sei; die gegenseitige Anerkennung der Rechte des Gesamtreiches und der Provinz werde einen engen Verband herstellen und gegen zerstörende Bestrebungen Schutz gewähren. Schließlich dankt er dem Hause für dessen ersprießliches Wirken und das geschenkte Vertrauen. Der Landesmarschall dankt den Abgeordneten für die bewiesene Ausdauer. Abg. Mayer dankt dem Landmarschall für die tactvolle Leitung, dem Statthalter für die Wahrung der Landesrechte und bringt beiden Hoch aus. Der Landmarschall bringt ein Hoch Sr. Majestät, in welches die Versammlung begeistert einstimmt. Graf Adam Potocki dankt dem Regierungskommissär für seine verdienstliche Mitwirkung; dieser dem Hause für dessen loyale Haltung. Schließlich bringt Grocholski ein wiederholtes Hoch auf Sr. Majestät aus, womit der Landtag um 7 Uhr Abends geschlossen wurde.

Neueste Post.

Aus den Details über die Weihnachtsrede des Papstes ist nachstehende Stelle bemerkenswerth:

„Gewisse Personen stellten mit Hilfe einer seltenen diplomatischen Gewandtheit große Versprechungen in den Vordergrund, um den Heiligen Stuhl zu Concessionen zu bewegen. Diese Personen machen es wie der Teufel, als er Jesum in der Wüste in Versuchung führte. Der Teufel stellte ihn auf eine Bergesspitze, von wo aus er ihm alle Königreiche der Welt zeigte, indem er zu ihm sprach, er werde dieselben ihm schenken, wenn er ihn anbeten wollte. Was uns anbelangt, sprach der Papst, wir lassen uns nicht verführen durch derlei Versprechungen. Andere kamen wieder, fuhr der Heilige Vater fort, mit dem Zweige des Friedens in der Hand, verlangen aber, daß man ihrem Willen sich füge. Wohl an, wir unsererseits, wir werden falschen Versprechungen immer widerstehen und all das zurückweisen, was den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt der Kirche und der Würde des Heiligen Stuhles zuwiderläuft. Wir wünschen zwar den Frieden, einen Frieden aber, welcher nichts Beleidigendes hat für die Ehre Gottes und seine Religion.“

Die mazzinistische Partei soll eine Volkserhebung für Anfang März vorbereiten und es soll der Carnaval zu einleitenden Demonstrationen benützt werden. Die italienische Regierung trifft bereits Vorsichtsmaßregeln.

Die Nachricht, daß die Pforte bei den Schutzmächten Griechenlands eine Reclamation gegen die Haltung dieses Staates überreicht habe, bestätigt sich, doch wurde diese Note lediglich zur Kenntnisknahme mitgetheilt und keine Antwort verlangt. Uebrigens hat das St. Petersburger Cabinet den Grundsatz der Nichtintervention in der Angelegenheit der Türkei ausgesprochen, wodurch die Besorgnisse vor einem aus der orientalischen Frage hervorgehenden Weltbrande wieder beseitigt erscheinen.

Aus Frankreich kommen über die römische Frage Nachrichten, welche den Folgerungen, die man aus der obigen Weihnachtsrede des Papstes ziehen könnte, widersprechen:

Der „Moniteur“ bestätigt die Nachricht, daß die Herrn Commandeur Tonello von der italienischen Regierung anvertraute Unterhandlung bemerkbare Fortschritte macht; die Mehrzahl der von der päpstlichen Regierung als Grundlage

eines Arrangements aufgeworfenen Fragen sind vom Cabinet von Florenz im Princip und ohne Schwierigkeiten angenommen worden. Man hat allen Grund zu glauben, daß man ziemlich schnell zu einem Einverständnis gelangen wird.

Am 8. d. M. werden alle zur Heimführung der französischen Truppen aus Mexico bestimmten Schiffe die französischen Häfen verlassen haben.

Telegramme.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 2. Jänner Abends. Morgen wird das Einberufungspatent erwartet. Die aus 11 Landtagen zu wählende außerordentliche Reichsversammlung soll am 25. Februar zusammentreten. Ob Wahl aus Gruppen oder Plenum blieb offene Frage. — Napoleons Neujahrsrede betont die Stabilität der Throne, hofft auf eine neue Friedensera und Verhinderung der Leidenschaften durch die mittelst der Weltausstellung bewirkte Annäherung der Interessen.

— Serien-Nummern der gezogenen Credit-Loose: 962, 1535, 1582, 1613, 1800, 2138, 2233, 2545, 2696, 2950, 2952, 3320, 3966, 4157, 4196.

Pest, 1. Jänner. (Deb.) Der Bürgerdeputation antwortete Deak bei Ueberreichung der Adresse: „In Erfüllung unserer schweren Pflichten ist das Vertrauen der Mitbürger die einzige Stütze, welche meine dem Wanken nahen Kräfte aufrecht zu erhalten vermag, gleichwie der Glaube, daß meine Mitbürger ihr Vertrauen nicht an die Erfolge, sondern an meinen guten, rechtsschaffenen Willen knüpfen. Der aufrichtige Wille wird mir nicht fehlen, der Erfolg ist in Gotteshand, gebe Gott, daß diese arme Nation sich von vielen Schicksalsschlägen eine Zeitlang erholen könne, um ihr Werk fortzusetzen.“

Paris, 1. Jänner. Der „Moniteur“ schreibt: Einem Telegramme aus Newyork zufolge hat der Präsident Johnson den französischen Schiffen in den Vereinigten Staaten die gleiche Behandlung mit den nationalen Schiffen zugestanden. In Folge dessen ist dem im „Moniteur“ vom 28. December enthaltenen Decrete gemäß die amerikanische Flagge in unseren Häfen von jeder Schiffsabgabe befreit.

London, 1. Jänner. Die Staatseinnahmen sind nach dem Jahresausweise sehr günstig; die Jahreseinnahmen übersteigen Gladstone's Voranschlag beinahe um 1 1/2 Millionen. — Heute hier zum ersten male gelinder Schneefall.

Telegraphische Wechselcourse vom 2. Jänner.

Spec. Metalliques 57.60. — Spec. Metalliques mit Rais- und November-Zinsen 61. — Spec. National-Anlehen 66.90. — Bankactien 718. — Creditactien 154.50. — 1860er Staatsanlehen 82.10. — Silber 129.25. — London 130.25. — R. I. Ducaten 6.19.

Geschäfts-Zeitung.

Laibach, 2. Jänner Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Holz. Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Waare, Mt., Mg., and Price. Lists various goods like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc. with their respective prices.

Krainburg, 31. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 71 Wagen mit Getreide, 65 Stück Schweine und 15 Wagen mit frischem Speck. Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Waare, R., Kr., and Price. Lists goods like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc. with prices in R. and Kr.

Angefommene Fremde.

Am 30. December.

Stadt Wien. Die Herren: Ullmann, Agent, von Prag — Elster, Kaufm., von Brünn. — Hanseli, Fabric., von Wien. — Perz, Kaufm., von Gottschee. — Urbanic, Gutsbes., u. Strauß, t. l. Oberl., von Thurn. — Se. I. P. Heit, Erzherzog Ernst, und Graf Palffy, Rittm., von Graz. — Baron Apfaltern, Gutsbes., v. Grünhof. — Waldner, Pferdehändler, v. Hermagor. — Elephant. Die Herren: Pollat, Kaufm., und Fallner, Handlungsreis., von Wien. — Gatteringer, Priv., von Marburg. — Massa, Handelsm., von Turin. — Razlag, und Frau Razlag, Advocatensgattin, von Klamm. — Baierischer Hof. Herr Bauer, t. l. Beamter, v. Marburg.

Am 31. December.

Stadt Wien. Die Herren: Wolf, von St. Veit bei Laibach. Richter, v. Wien. — Pierz, Kaufm., v. Gottschee. — Musquitter, Kaufm., v. Großkainitz. — Elephant. Die Herren: Abeles, Strohhutfabricant, von Pest. — Jant, Werm., von Großkup. — Wilder Mann. Die Herren: Samel, Agent, von Prag. — Savič, t. l. Lieutenant, von Pest.

Theater.

Heute Donnerstag den 3. Jänner:

Robert der Teufel.

Große Oper in 5 Acten von Meyerbeer.

Morgen Freitag den 4. Jänner:

Schuld einer Frau.

Drama in 3 Acten von Emil Girardin.

Wiener Geschichten.

Posse in Act von A. Blauk.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anschlag des Stimmwells, Niederschlag in Pariser Linien. Shows weather data for Jan 2nd and 3rd.

In den höheren Luftschichten die südwestliche Strömung anhaltend. Die Alpen bis auf den Fuß herab beschneit. Trüber, regnerischer Tag. Nachmittags etwas gelichtet. Abends Regen.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmair.

Dankfagung.

Für die herzliche Theilnahme während der Krankheit, sowie auch für die zahlreiche Begleitung bei dem Leichenbegängnisse des Herrn

Franz Bottmann

Handelsmann

spricht hiermit allen Freunden und Bekannten den wärmsten Dank aus (11-1)

Die trauernde Familie.

Laibach, am 3. Jänner 1867.

Börsenbericht. Wien, 31. December. Die Börse verkehrte in matter Haltung für Effecten, während Devisen und Valuten etwas theurer gehandelt wurden. Geld weniger flüchtige. Geschäft beschränkt.

Large table with multiple columns: Oeffentliche Schuld, Geld Waare, Actien (pr. Stück), Pfandbriefe (für 100 fl.), Lose (pr. Stück), Cours der Geldsorten. Lists various financial instruments and their prices.